



Purkersdorf am Scheideweg:

Verspekuliert: die WIPUR braucht 2 Millionen Euro

Die Flucht nach vorn: Auslagerung der Bauagenden an die WIPUR

Auslagerungen bringen Nachteile für die BürgerInnen Vorteile für diverse Freunderl

Unsere Alternative:

Auslaufen der WIPUR

Einheitliche effiziente und transparente Gemeindeverwaltung

Seite 2-9

MEINE RECHTE AM WOHNUNGSMARKT

Mit Dr. Walther Leeb

**Donnerstag, 14. November 2013. 19 h
Dorfwirt-Pizzeria Herrengasse 15**

Eintritt frei

Die Wohnungskosten sind in den letzten Jahren spürbar angestiegen. Finanzkapitalistische Kreise schneiden über Zinsen, Spekulation, „Aufwände“ und „Vermittlungen“ ohne Leistung dabei immer mehr mit. Leider sind die Gesetze größtenteils real zulasten der Wohnenden verändert worden. Gerade in Purkersdorf ist so das Grundrecht auf Wohnen für Normalsterbliche gefährdet

Dr. Walther Leeb ist Rechtsanwalt und war früher Obmann des Mieterschutzverbands und hat viele PurkersdorferInnen bisher rechtlich unterstützt.

Er wird die Entwicklung der Rechte in Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen darlegen und insbesondere auf folgende Fragen eingehen: Auf welche Punkte ist bei (neuen) Verträgen zu achten? Worauf ist bei Kaufverträgen besonders zu schauen? Was sollen MieterInnen in einer Eigentumswohnung beachten? Was kann bei Betriebskostensteigerungen getan werden? Wie kann man der Energiekostenfalle entgehen?

Diskussion



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe interessierte LeserInnen,



GRin Sabine
Aicher

Fraktionsvorsitzende
LIB&G
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@
listebaum-gruene.at

die letzten Monate brachten viele Überraschungen, die verbunden sind mit weitreichenden Entscheidungen.

Zum Einen hat sich die Mehrheitsfraktion des Bürgermeisters gemeinsam mit der ÖVP darauf geeinigt, die Wipur Gesmbh mit zwei Millionen Euro zu unterstützen. Die Antworten auf die Fragen: wofür und wie-so, blieb der Bürgermeister bis jetzt schuldig.

Immer dichter wird das Dickicht aus Verstrickungen und Verflechtungen der handelnden Personen in Purkersdorf. Jeder ist mit jedem verhabert. Der Verdacht liegt nahe, dass sämtliche Vorgehen sorgfältig vorbereitet werden, damit nur ja nichts „nach außen dringt“. So wird jede Gemeinderatssitzung zur Farce. Die SP-Mehrheit mauert und stellt sich nicht einmal mehr

Hausverstandsfragen. Schwer zu glauben, dass hier Menschen sitzen, die im tagtäglichen Leben ihren Mann/ihre Frau stehen.

Das System Schlögl, das sich in den letzten zwanzig Jahren etabliert hat und teilweise an Feudalwirtschaft erinnert, ist auch für uns Gemeinderätinnen der Opposition oft schwer zu durchblicken und trübt manchmal schon sehr die Freude an der Gemeindearbeit.

Die Vergabe rund um das Blumen-geschäft hat diesen Eindruck nicht gerade verbessert. Einer Bewerberin wurde die Übernahme des Geschäfts zu Gunsten des Stadtamtsdirektors verwehrt und der Bürgermeister schaut dabei zu.

Erfreulich ist, dass die Stadtge-meinde unsere Forderung umgesetzt hat, dass jetzt auch die Stadtratsprotokolle im Amtsblatt veröffentlicht

werden. In diesem Gremium werden oft besonders wichtige Anträge beschlossen, von denen die Öffentlichkeit bisher keine Ahnung hatte.

Positiv hat sich auch die Arbeit der KEM entwickelt, über die unsere Stadträtin Christiane Maringer mit viel Einsatz, etwa die Planungsarbeiten für die Radanbindung der Wintergasse erreicht hat oder die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage zur Abdeckung eines Teils des Strombedarfs des Rathauses.

Eine weitere Neuerung besteht darin, dass Karin Erben das Gemeinderatsmandat von Christa Franek übernimmt, die nach Wien verzogen ist. Wir freuen uns auf die neuerliche Zusammenarbeit mit Karin, die ja schon Erfahrung in der Kommunalpolitik hat.

Freundliche Grüße
Ihre Bina Aicher

WIPUR I

2 Millionen Euro an die WIPUR – wofür wird nicht verraten

Der Gemeinderat beschließt satte 2 Millionen Euro für Projekte, die man entweder selber noch nicht kennt oder die der Geheimhaltung unterliegen.

Dem Beschluss voraus gegangen war meine Frage, wofür die WIPUR 2 Millionen Euro benötigt:

Schlögl: „Für künftige Projekte“.

Aicher: „Welche Projekte sind das?“

Schlögl: „Künftige“.

Mein „Antrag auf eine kurze Übersicht über die Erhöhung der Eigenmittel“ wurde mit 15 Gegenstimmen – auch der Schlögl – und 9 Enthaltungen (Liehr, Mayer, Oppitz, Stangl, Zöchinger – alle ÖVP, sowie Mandl, Putz, Kaukal und Reisner – alle SPÖ abgelehnt). Somit sprachen sich nur die MandatarInnen von LIB & Grüne,

sowie Manfred Cambuzzi von der PUL für eine Nennung des Verwendungszwecks dieser 2 Millionen Euro aus.

Wie kann die Oppositionspartei ÖVP einen Antrag ablehnen, wenn es um die Frage nach der Verwendung von 2 Millionen Euro geht? Warum interessiert es rote und schwarze GemeinderätInnen nicht, was mit diesem Geld passieren soll?

Wissen alle wozu man es benötigt? Kann es sein dass es sich um „vergangene“ und nicht künftige Projekte handelt, die diese Finanzspritze erzwingen?

Transparenz schaut anders aus.

Fortsetzung folgt.

Bina Aicher

WIPUR II

Anschlag auf kommunale Versorgung geplant

Bürgermeisterfraktion plant, beginnend mit den Aufgaben des Bauamts, die Auslagerung kommunaler Agenden, wie Wasser, Kanal, ... an die WIPUR

In der Gemeinderatssitzung vom 25. Juni standen zur WIPUR mehrere Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung. Unter dem Titel „GR0460 WIPUR: WIPUR: Auslagerung technischer Bereiche der Stadt in die WIPUR“ leitet der Bürgermeister eine weitere Verschiebung von Aufgaben der Gemeinde in die WIPUR ein: „Aufgrund der mit Jahresende 2013 bevorstehenden Pensionierung von Baudirektor Ing. Haider, tatsächliche physische Anwesenheit nur noch bis Juli 2013!, ist angedacht, die Bauverwaltung der Stadtgemeinde einer kurz- bis mittelfristigen organisatorischen Umstrukturierung unter Einbeziehung der 100%igen Tochtergesellschaft WIPUR GmbH zu unterziehen. So sollen die vorwiegend technischen Bereiche durch die WIPUR betreut werden, die Bauverwaltung wird sich vorwiegend auf die hoheitlichen Aufgaben (Baurecht, Raumordnung, Feuerpolizei, Veranstaltungsgesetz, Gewerberecht, Wasserrecht, Straßenverkehrsordnung, Katastrophenschutz, usw) konzentrieren.“

Dieser Beschluss, dem alle Gemeinderäte außer die der LIB&G zugestimmt haben, bedeutet faktisch das Ende der demokratischen Kontrolle über diese Art von Arbeiten. Wie umfangreich die Auslagerungen geplant sind, ist im Kasten auf Seite 4 zusammengefasst: Alle Bauagenden, Wasser, Kanal, Bauhof, alle Gebäude die die Gemeinde betreibt, Spielplätze werden betroffen sein. Das sind Arbeiten die mit den Budgetmitteln der einzelnen Ressorts durchgeführt werden, über die die zuständigen



Ausschüsse, Stadträt*innen und der Gemeinderat dann aber keine direkte Entscheidungskompetenz mehr haben. Protokolle der WIPUR stehen bisher nur dem Aufsichtsrat der Gesellschaft zur Verfügung und dürfen an die Gemeinderäte nicht weitergeschickt werden. Auch wenn Finanzstadtrat Orthofer in der Debatte zum Punkt ausführt, dass diese Protokolle keine Geheimpapiere wären, sondern dem Gemeinderat vorgelegt werden würden.

Die Ausgaben für diverse Straßen- und sonstige Baumaßnahmen, inklusive Ausgaben für Erhaltung gehören aber zu den höchsten in der Gemeinde.

Bauen und Sanieren bedeutet aber auch stadtplanerische Maßnahmen kostengünstig umsetzen zu können. Zum Beispiel die Angleichung von

bestehenden Niveauunterschieden für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen bei Straßenquerungen und Einbeziehungsweise Ausfahrten. Eine heute übliche Maßnahme um Temporeduktionen zu unterstützen und um Kindern, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr zu ermöglichen. Um solche Maßnahmen umzusetzen braucht es politische Debatten und Begleitung. Damit so etwas stattfinden kann, muss man zeitgerecht über geplante Maßnahmen informiert sein. Als Mitglieder in Ausschüssen, die diese Arbeiten derzeit debattieren, sind wir das. Es handelt sich bei diesen Arbeiten also um keine rein operativen Arbeiten sondern um Maßnahmen die unsere örtliche Gesellschaft entwickeln können oder eben lediglich den Status quo erhalten.



Christiane Maringer
Stadträtin
Tel. 0664 344 13 12
maringer@reizwort.at

Eher unscheinbar und versteckt zeigen sich die vielfältigen Bereiche der Daseinsversorgung. Vor allem, weil sie gleichzeitig so selbstverständlich verfügbar sind, wie Wasser, Kanal, ein funktionierendes Bauamt, ... Die angestrebten Auslagerungen stellen aber eine Bedrohung dieser Selbstverständlichkeit dar!

Fortsetzung
auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Als „gutes“ Negativbeispiel warum ich der WIPUR umsichtiges politisches Handeln im Sinne der Gemeinde nicht zutraue, möchte ich noch mal auf den Umgang mit den gemeindeeigenen Bäumen im Bereich von Baustellen der Gesellschaft hinweisen. Zum Beispiel die Linde beim neuen Bildungszentrum – die nur dank einer aufmerksamen Anrainerin und unseres sofortigen politischen Handelns noch steht. Die vielbeschworene Kompetenz der WIPUR endet dort, wo sie über die geltende Ö-Norm zum Umgang mit Bewuchs im Baustellenbereich

aber informiert sein müsste. Gleichzeitig als Gesellschaft im Eigentum der Gemeinde wohl auch angehalten wäre, Eigentum der Gemeinde pfleglich zu behandeln.

Eine weitere Unverfrorenheit stellt im Antrag aber auch dar, dass zwar mit dem Argument „schlanke Verwaltung“ gegen die Einstellung eines Baudirektors, einer Baudirektorin bei der Gemeinde argumentiert wird. Im gleichen Absatz aber festgehalten wird, dass der WIPUR, „einer ersten Kalkulation“ folgend, für die Agenden, die Baudirektor

Haider bisher bearbeitet hat, 15 bis 20.000 Euro pro Monat netto zu bezahlen sein werden!! Was wohl kaum annähernd der Summe entspricht die ein*e Baudirektor*in im Besoldungsschema einer Gemeinde verdienen dürfte.

Inzwischen hat die Gemeinde zwar die Stelle des Baudirektors ausgeschrieben, in dieser Ausschreibung allerdings offen gelassen, wer der künftige Dienstgeber sein wird, die Gemeinde oder die WIPUR. Wir dürfen gespannt sein.

Christiane Maringer
Liste Baum

Aus der Beschlussvorlage für den Gemeinderat 25. Juni 2013:

Folgendes Szenario wird dabei angedacht:

► Kurzfristige Übernahme operativer Agenden – nicht hoheitliche! – der Bauverwaltung durch die WIPUR GmbH

► Mittelfristige Übernahme und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur der Stadtgemeinde durch die WIPUR GmbH

► Mittelfristig bis längerfristige Übernahme des Bauhofes, wenn es zu Neubauüberlegungen in Richtung Schaffung eines Gemeindegrenzen überschreitenden Servicezentrums kommen sollte

(...)

Nicht Ziel ist es, die Datens-Infrastruktur auch physisch in die WIPUR auszulagern; das Eigentum an diesen Basisversorgungseinrichtungen bleibt bei der Stadt! Die WIPUR übernimmt ausschließlich die Rolle einer Projektmanagerin im Rahmen eines Betriebs- und Betreuungsübereinkommens.

Im Detail handelt es sich dabei um die noch nicht taxative Liste von „Überschriften“ der von der WIPUR GmbH zu übernehmenden Tätigkeiten:

► Errichtung, operative Betriebsführung und Erhaltung des Wasserleitungsnetzes der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, operative Betriebsführung und Erhaltung der Kanalnetze (SW + RW) der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, operative Betriebsführung und Erhaltung des Öffentlichen Beleuchtungsnetzes der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung der Gemeindestraßen, Brücken, Wege, Plätze der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung der Nebenanlagen (Gehwege,

Radwege und Grünflächen) von höherrangigen Straßen

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung der Parkanlagen der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung der Brunnen, Denkmäler und der Aussichtswarte der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung der Gebäude, des Wienerwaldbades und der Sportstätten der Stadtgemeinde Purkersdorf

► Errichtung, bauliche Instandhaltung und Erhaltung öffentlicher Spielflächen und Kinderspielplätze der Stadtgemeinde Purkersdorf

(...)

Kosten

Die Übernahme von Projektmanagement- und Betreuungsaufgaben durch die WIPUR entlastet einerseits die Ressourcen der Stadtverwaltung enorm, sowohl im

Baubereich als auch im Bereich der Finanzverwaltung, und kann die Stadtverwaltung durch diese Maßnahme weiterhin sehr „schlank“ gehalten werden, die Leistung aus dem Betreuungs- und Betriebsführungsvertrag wird andererseits aber den laufenden Haushalt durch das Betreuungsentgelt belasten. In Summe wird man von einer Kostenneutralität ausgehen dürfen, insbesondere, wenn man einen mittelfristigen Ansatz wählt.

Eine erste Kalkulation des Modells ergibt ein Betreuungsentgelt von ca. € 15 – 20 T p.m. netto, je nach endgültigem Umfang der Übertragung. Die Umsatzsteuer würde in großen Teilen der Betreuung die Stadt NICHT treffen, da überwiegend „betriebliche“ Agenden zur Umsetzung übergeben werden und daher Vorsteuerabzug besteht.

Projektmanagementleistungen für neue Bauprojekte, die von der „Übertragungsliste“ nicht umfasst sind, unterliegen den bisherigen Regelungen.

WIPUR III

Stadtgemeinde will Kernkompetenzen auslagern

Während mehr als zwei Millionen Unterschriften gegen die Privatisierung des Wassers gesammelt wurden und die BürgerInnen Angst vor weiterer Privatisierung von Leistungen der Grundsicherung haben, will man in Purkersdorf in Hinkunft mehr in die Kapitalgesellschaft WIPUR GESMBH auslagern.

Immer unter dem Slogan „hoheitlich bleibt natürlich alles bei der Gemeinde“. Fakt ist, dass es sich bei der WIPUR GESMBH um eine Kapitalgesellschaft handelt, deren oberstes Gebot es ist, betriebswirtschaftlich zu handeln.

Der definierte Gegenstand und Zweck der WIPUR lautet:

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind laut Gesellschaftsvertrag

(Änderung am 03.08.2009):

a) Führung der Betriebe der Stadt Purkersdorf mit marktbestimmter Tätigkeit (Wirtschaftsbetriebe der Stadt Purkersdorf)

b) der Erwerb, die Veräußerung und die Bewirtschaftung von Immobilien, mit Ausnahme aller Tätigkeiten, für deren Aufnahme in den Unternehmensgegenstand eine verwaltungsrechtliche Genehmigung notwendig ist.

Außerdem ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich sind, wie insbesondere der Erwerb oder die Pachtung von sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen und Gesellschaften mit jeweils gleichem oder ähnlichem Gegenstand und die Übernahme der Geschäftsführung oder

Vertretung solcher Unternehmen oder Gesellschaften.

Was bedeutet das jetzt für die Stadtgemeinde?

1. dass es sich nach Eigendefinition der WIPUR GesmbH um eine Gesellschaft handelt, die Profit machen muss.

2. dass die WIPUR GesmbH keine reine „In House Gesellschaft“ ist. Sie also nicht ausschließlich oder zum überwiegenden Teil für die Gemeinde wirtschaftet, sondern durchaus auch am privaten Markt Kunden bedient und für ihre Leistungen wirbt.

3. dass die Stadtgemeinde, wenn sie die Agenden, wie im Gemeinderat beschlossen, auslagern will, eigentlich nach der Dienstleistungsrichtlinie der EU ausschreiben muss. Im Zuge der sogenannten „Öffnung des Marktes“ muss alles ausgeschrieben werden, was von Privaten an Dienstleistungen erbracht werden kann.

4. dass die WIPUR GesmbH schon deswegen vermutlich keine „In House Gesellschaft“ sein kann, weil sie mehr als den vorgeschriebenen Prozentsatz auch für andere Unternehmen als die Stadtgemeinde tätig war. Zum Beispiel mit der Errichtung der Wohnhausanlage in der Wintergasse.



Bina Aicher

WIPUR IV

Warum Auslagerungen Nachteile für die BürgerInnen bringen

Der Gemeinderat hat gegen die Stimmen von Liste Baum und Grüne die Auslagerung der meisten Bauangelegenheiten weg von der Gemeinde hin zur WIPUR beschlossen (Straßen, Wasser, Kanal, Beleuchtung, Grün- und Spielflächen usw.) Ein Ausschuss hat auf Antrag der SPÖ darüber hinaus beschlossen darauf Kurs zu nehmen überhaupt alles, was rechtlich nicht niet- und nagelfest bei der Gemeinde sein muss, ebenfalls auszulagern. Damit bleibt über kurz oder lang nur mehr eine Rumpfgemeinde. Angestoßen wurden die Auslagerungen durch das Scheitern der Strategie durch Spekulation Gewinne zu machen. Es soll den Anschein haben, dass die 2 Millionen Steuergelder an die WIPUR nicht für die

Spekulationsverluste und das Versagen von Bürgermeisterfreunden hinausgeworfen werden, sondern für „zukünftige Projekte“. Gleichzeitig kann man damit alte Pläne aus der Eripek-Zeit verwirklichen, nämlich einen Großteil der Gemeindetätigkeiten weitgehend der lästigen demokratischen Kontrolle zu entziehen.

Die geplanten Auslagerungen an die WIPUR

► machen alles komplizierter (Abstimmung zwischen Gemeinde und Wipur)
► werden Nachteile für die Bevölkerung bringen, weil sich Ansprechpartner nicht mehr als öffentliche Einrichtung, sondern als Firma fühlen

► machen alles intransparenter - die Kontrolle der Wipur durch den Prüfungsausschuss der Gemeinde wurde real stets erschwert und auch verhindert

► machen alles letztlich teurer (durch Doppelstrukturen und Absahner in der WIPUR)

► bereiten eine Struktur vor, durch die in einer Krise (extreme Geldnot), rasch privatisiert und ausverkauft werden kann
► werden die arbeitsrechtliche Situation der Beschäftigten über kurz oder lang verschlechtern

Daher lehnen Liste Baum und Grüne die Auslagerungen als verhängnisvollen Irrweg ab, der sicher wieder korrigiert werden muss.

WIPUR V

Verspekuliert: Die WIPUR braucht

Am 26.6.2013 beschloss der Gemeinderat 2 Millionen Euro an die WIPUR

DIE WIPUR-SAGA in TEILEN

Hier die Wahrheit über die Lebenslüge der WIPUR

Die Lebenslüge der WIPUR Teil 1 – die Vorgeschichte

Hätte die Gemeinde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in der Herrengasse mit den damaligen Riedmüller- und Rumpoldgründen eine Raumordnungspolitik im Interesse der Gemeinde gemacht, wäre die Veranlassung zu Spekulationen und anderen fragwürdigen Methoden geringer gewesen:

Aus „Der Jahrhundertbau und die Ohnmacht der Gemeinde“ („Purkersdorfer Informationen 1/98“)

„Dokumentation eines Millionenverlusts – Wie die Liste Baum der Gemeinde (fast) viel Geld und Gestaltungsmöglichkeiten auf den Rumpold-Gründen gesichert hätte, die Gemeinde aber aus mangelnder Weitsicht die Trümpfe wieder aus der Hand gab.

Die Rumpoldgründe in der Herrengasse 2 sind durch ihre zentrale Lage für öffentliche Bauten sehr gut geeignet. Im Zuge der allgemeinen Überarbeitung der Raumordnung

initiierte Mag. Baum daher 1996 auch eine Umwidmung der Rumpold-Gründe als Sondergebiet für eine Schule. Dadurch wäre eine Art Vorkaufsrecht der Gemeinde entstanden. Von ÖVP-Gemeinderäten wurde dies mit dem Argument „Enteignung“ abgelehnt. Doch ersens wäre natürlich ein entsprechender Kaufpreis zu zahlen gewesen und zweitens gibt es etwa auch im Straßenbau öffentliche Interessen. Bürgermeister Schlögl ließ sich vor allem aus verhandlungstaktischen Gründen überzeugen und so kam es zu einem Beschluss in diesem Sinn. Aus dem Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 26.3.96:

„Die Stadtgemeinde beabsichtigt die neue Mittelschule auf der Liegenschaft der Fa. Rumpold in der Herrengasse nach Erwerb zu errichten... Die Liegenschaft Herrengasse 2, Parz.80/1, wird als Bauland Sondergebiet – Schule – Vorbehaltsfläche – gewidmet.“ – Der Antrag fand bei einer Enthaltung und 5 Gegenstimmen eine relativ große Mehrheit. Nun mußte diese Änderung zur Einsicht aufgelegt werden und hätte nachher einen zweiten

Beschluß erfordert um rechtskräftig zu werden. Doch dann schwenkte vor allem die SPÖ ohne Angabe von Gründen wieder um:

Aus dem Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 18.6.96: Begründung: „RA Cudlin hat als...Vertreter der Willi Rumpold Ges.m.b.H gegen die Widmung Bauland Sondergebiet Schule, wie sie im aufgelegten Entwurf der ersten Änderung des örtlichen Raumordnungsprogramms vorgesehen ist, eine Stellungnahme eingebracht. In dieser wird er sucht, die derzeit rechtskräftige Widmung beizubehalten.“

Antrag: „Für die Liegenschaft Herrengasse 2, Parz.80..., erfolgt keine Umwidmung in Bauland Sondergebiet – Schule – Vorbehaltsfläche. Es bleibt die bestehende Widmung Bauland-Kerngebiet aufrecht“ (Eine Gegenstimme: Baum, eine Enthaltung: Orthofer).

Der weitere Verlauf führte dazu, dass zumindest Teile der SPÖ heute den damaligen Rückzieher als Fehler erkennen. Klar ist, dass nun wahrscheinlich eine Kapitalgesellschaft – die mit Purkersdorf nichts am Hut hat – die Grundstücke erwerben wird und dann wichtige Entscheidungen praktisch diktieren wird. Vom Kaufpreis bis zur Baugestaltung. Vor allem auch deshalb, weil die Gemeindeoberen selbstverschuldet in Zeitnot gekommen sind“.

Eine bis heute ungeklärte Kehrtwende mit Millionen-Mehrkosten

Leider sind unsere Prophezeihungen aus 1998 in Erfüllung gegangen. Bis heute ist nicht geklärt, warum die SPÖ-Fraktion damals umfiel und die „Pappas“ – Millionärsfamilie durch Kauf und Verkauf über die ALPINE Millionen auf Kosten der Gemeinde verdiente, die später dann fehlten.

Doch das war erst der Anfang...



2 Millionen Euro

zu überweisen, **OHNE BEGRÜNDUNG!**

Warum die WIPUR (wirklich) gegründet wurde und warum sie auslaufen sollte – Die Lebenslüge der WIPUR Teil 2

Die WIPUR Wirtschaftsbetriebe der Stadt Purkersdorf GmbH wurde im Jahr 1999 von der Stadtgemeinde Purkersdorf unter Bürgermeisterin Eripek offiziell mit folgenden Zwecken gegründet:

- ▶ Abwicklung des Projektes „AHS Purkersdorf“ und
 - ▶ Steuerlich günstiger agieren zu können
- Praktisch war es – und das haben wir immer kritisiert –
- ▶ eine Einrichtung zur Versorgung eines Politgünstlings der Bürgermeister Eripek und Schlögl,
 - ▶ ein Schachzug um das wahre Ausmaß der Gemeindeforderungen zu verschleiern,
 - ▶ eine Einrichtung, wo möglichst unkontrolliert spekuliert werden kann,
 - ▶ eine Maßnahme, die Privatisierungen leicht machen sollte,
 - ▶ und um immer mehr Gemeindeaktivitäten

der konkreten demokratischen Kontrolle zu entziehen

Jahrelang kämpften wir darum, überhaupt Informationen aus der WIPUR (Wirtschaftsbetriebe Purkersdorf) der Geheimhaltung zu entziehen, bis vom Land NÖ festgestellt wurde, dass jedenfalls der Prüfungsausschuss der Gemeinde Zugang zu dieser, mit öffentlichem Geld finanzierten Einrichtung, erhalten muss. In der Praxis wird dies aber bis heute mit Duldung des Bürgermeisters immer wieder massiv erschwert.

Was blieb von den wirklichen Gründen zur Existenzberechtigung der WIPUR

▶ Es ist unbewiesen, ob die Gemeinde durch die WIPUR insgesamt Steuern legal gespart hat. Jedenfalls sind inzwischen die Steuergesetze so abgeändert worden, dass auch

theoretische Vorteile nicht mehr von Bedeutung sind.

▶ Ebenso werden in Zukunft auf Druck der EU zur Vermeidung statistischer Tricks in Tochtergesellschaften verlagerte Schulden voll den Mutterkörperschaften angerechnet.

▶ Die AHS- Abwicklung ist im Wesentlichen auch beendet.

▶ Die Spekulationen sind gescheitert: Der Geldesel wurde zum Geldfresser

Als Existenzgrund für die WIPUR bleibt nur die Versorgung von Freunderl und Freunderl von Freunderl: der Wohlfühlfaktor für den Filz durch mangelnde demokratische Kontrolle

▶ **Daher unsere Alternative: Auslaufen der WIPUR Einheitliche, effiziente und transparente Gemeindeverwaltung**

Der Fluch der bösen Tat – Die Lebenslüge der WIPUR Teil 3

„Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.“
(Schiller, Wallenstein)

Vor dem Jahr 2000 wurden Millionen Schilling unter der Führung der damaligen Bürgermeisterin mit dem derzeitigen Bürgermeister im Hintergrund dadurch verplumpert, dass durch Versäumnisse bei Umwidmungsbeschlüssen zu den damaligen Riedmüllergründen eine Firma durch Kauf und Verkauf ordentlich mitschnitt: Durch Dilettantismus, durch den selbst erzeugten Druck über die Schulprovisorien oder vielleicht auch durch andere Gründe konnte so die Familie Pappas aus Salzburg, die Dynastie der Mercedes-Importeure, durch

„Immobilienentwicklung“ zu noch größerem Reichtum gelangen.

Finanzieren wollte man dann diese selbstverschuldeten zusätzlichen Kosten durch Gewinne aus der Frankenspekulation. Aus heutiger Sicht ist klar, dass der WIPUR auch von Bürgermeister Schlögl die Rolle zugeordnet wurde, die komplizierten Geldgeschäfte beim Bau der AHS („Zwischenfinanzierung von Bundesmittel“) auch dazu zu benutzen durch Spekulationsgeschäfte mit den Schweizer Franken vorgeblich einen Geldesel zu schaffen, und mit anderen fragwürdigen Methoden das Image des Big Spenders vorzutauschen.

Mit Vernunft ist das alles schwer zu erklären. Wenn man einmal bei einem Glücksspiel gewonnen hat, glaubt man, dass das auch in Zukunft so sein wird. Es spekuliert sich

besonders leicht mit öffentlichen Geldern.

Bis heute werden von den Spekulationsrittern in der Gemeinde immer nur einseitig Prognosen zitiert, die eine baldige Abwertung des Franken vorhersagen. Seit Jahren liegen diese Prognosen nun falsch, warum werden die Spekulationsritter nicht klüger? Zuletzt verlautete im Juni 2013 von der WIPUR, dass der Euro-Franken Kurs von damals 1,24 im dritten Quartal 2013 auf 1,30 steigen wird. Real ist aber ein Verhältnis von 1,23 eingetreten, d.h. der Franken hat im Gegenteil leicht aufgewertet. Getrost können die weiteren Prognosen auf einen Verfall des Frankens auf 1,41 bis Ende 2014 auch mit Skepsis beurteilt werden. Sicher ist nur eines: der Kurs ist weiter unsicher und birgt beträchtliche Risiken, und man sollte bei öffentlichen Geldern aus dem Risiko herauskommen.

Vom Geldesel zum Geldfresser - Die Lebenslüge der WIPUR Teil 4

Die Spekulation schien eine Zeit gut zu gehen, aber seit der Aufwertung des Franken in der Finanzkrise ist dies nicht nur nicht verwirklicht worden, sondern vor allem für die Gemeinde nach hinten losgegangen. Der Geldesel wurde zum Geldfresser, dem Geld nachgeworfen werden muss.

2009 platzt die Lebenslüge der WIPUR in der internationalen Finanzkrise, in der der Franken als Fluchtwährung gesehen wird. Übrigens wäre es damals noch immer verhältnismäßig einfach gewesen auszusteigen. Mit mehr Sorgfalt hätten die Verantwortlichen diese Verluste noch 2009 größtenteils vermeiden können:

Die Liste Baum & Grüne hat immer vor den Franken-Krediten gewarnt und zum Ausstieg zu einem geeigneten Zeitpunkt geraten. Und genau zu dem Zeitpunkt, als in den letzten Jahren die „Gewinne“ in Verluste drehten, gab es nachweislich ein spezielles Schreiben des Vertreters von Liste Baum & Grüne im Aufsichtsrat der WIPUR, in welchem zum Ausstieg aus dem Franken aufgerufen wurde. Wieso wurde zu Beginn der Krise, als der Franken zur Aufwertung

ansetzte, der schriftliche Vorschlag des Vertreters der Liste Baum und Grüne nicht einmal beantwortet? Wäre man damals vor einigen Jahren von Franken in Euro umgestiegen, so hätte man mit Gewinn oder halbwegs pari aussteigen können.

Da die ganze Finanzierung der WIPUR auf Gewinne durch Frankenkredite ausgerichtet war, wurde allerdings klar, dass irgendetwas geschehen musste. Die WIPUR versuchte sich zwischenzeitlich in frei finanzierten Reihenhäusern - in der Wintergasse, das endete finanziell fast in einem Fiasko: Die Häuser hätten noch in der Bauphase verkauft werden sollen, was allerdings misslang. Sie waren übersteuert und energietechnisch nicht optimal. Der einzige Ausweg war, die Häuser zu vermieten bzw. in Miet-Kauf-Varianten zu vergeben. Die WIPUR hatte allerdings mit den Anzahlungen gerechnet.

Faktum ist, dass die WIPUR sich nicht nur verspekuliert hat, sondern auch beachtliches Geld für die Gage eines Geschäftsführers braucht. Über 15 Jahre summiert ergibt das in etwa sicher die Hälfte der Summe, die jetzt an die WIPUR zugeschossen werden muss.

Faktum ist, dass die WIPUR laut Büchern allein im Geschäftsjahr 2011/12 810.000 Euro Spekulationsverluste realisiert hat.

Faktum ist, dass die Gemeinde als solche - neben der WIPUR - mit großer Wahrscheinlichkeit viel schlechter als die WIPUR selbst abschneiden wird, weil durch das Hinausschieben der Rückzahlungen in eine Zeit, wo der Franken viel mehr Wert geworden ist, einfach die Schuldenlast viel höher geworden ist. Dabei ist es relativ müßig, derzeit über exakte Verluste und Gewinne aus den diversen Krediten zu sprechen, weil diese immer abhängig vom jeweiligen aktuellen Frankenkurs sind. Und abgerechnet wird eben zum Schluss - dann kann man aber nichts mehr machen. Das Wesentliche ist die Unsicherheit und das Risiko, das durch diese Spekulationen über unserer Gemeinde hängt.

Und Faktum ist, dass durch die Kursentwicklung des Franken seit der Wirtschaftskrise die Rechnung nicht aufgegangen ist, durch Spekulation große Gewinne zu machen, um frühere Flops der Gemeinde abzudecken.

In eigener Sache:

Liste Baum & GRÜNE ein Bündnis eigenständiger Partner

„Liste Baum & Grüne“ ist ein Wahlbündnis der Liste Baum und der GRÜNEN Purkersdorf für den Purkersdorfer Gemeinderat zur Bündelung der ökologischen und fortschrittlichen Kräfte. Das Bündnis ist dort derzeit mit 4 Mandaten vertreten, und stellt einen Stadtrat (für Umwelt, Energie und Verkehr). Neben gemeinsamer Arbeit im kommunalpolitischen Bereich entfalten sowohl die Liste Baum als auch die GRÜNEN eigenständige Aktivitäten.

Die Liste Baum ist eine parteiunabhängige offene Plattform für unterschiedliche demokratische, sozialökologische und linke Zugänge.

Die Grünen Purkersdorf sind eine Gruppe von Personen, die ökologische, demokratische, feministische und soziale Fragen in die Gemeindepolitik einbringen wollen, denen die Umsetzung von BürgerInnenrechten ein Anliegen ist, und die mit Grünen-Gruppierungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten.

Tel-Nummern bzw. E-Mail-Adressen der GemeinderätInnen von LIB& Grüne und des Obmanns der Liste Baum



Christiane Maringer
Tel. 0664 344 13 12
maringer@reizwort.at



Sabine Aicher
Tel.: 0676 461 55 10
sabine.aicher@listebaum-gruene.at



Karin Erben
0699 11 96 98 25
karin.erben@k-e.at



Marga Schmidl
Tel.: 0699 114 505 19
marga.schmidl@tplus.at



DDr. Josef Baum
Tel.: 64759
0664 1142298
baum.josef@gmx.at

Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht

Die Lebenslüge der WIPUR Teil 5

Von Anfang an, ist die Spekulation von einem Spinnengewebe von einseitiger Information und auch Lügen umgeben: So sprach der Bürgermeister im Gemeinderat beim 2-Millionenbeschluss ohne irgendeine schriftliche Begründung dann offenbar wider besseren Wissens davon, dass die 2 Millionen für die WIPUR für „zukünftige Projekte“ statt zum Rückzahlen von Krediten gebraucht würden.

Die Standardmethode der Falschinformation zu den Frankenkrediten besteht darin, dass NUR BISHIER realisierte Zinsgewinne und BISHIERIGE Kursverluste oder Kursgewinne betrachtet werden, zukünftige Kursverluste aber nicht einbezogen werden, so auch über eine ganze Seite zelebriert im September-Amtsblatt, wo sich die anonymen Verfasser nicht schämen, 5 Millionen Gewinne für die Gemeinde durch die Frankenspekulation in den Raum zu stellen.

Spekuliert wurde mit öffentlichem Geld bekanntlich, etwa im Bundesland Salzburg, in Linz und in vielen anderen Gemeinden. Was ist der gemeinsame Hintergrund? Nach dem neoliberalen Motto, schnell zu Geld ohne Arbeit und ohne Leistung, wird Steuergeld zur Spekulation eingesetzt. Wenn etwas schiefgeht, sollen andere Teile des Staates, sprich weiteres Steuergeld rettend eingreifen. Dahinter liegt, dass die Gemeinden vom Bund kurzgehalten werden und

diese zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge fast immer zu wenig Mittel vom Steuerkuchen haben. Dazu kommen hochbezahlte Manager mit Erfolgsprämien und Politiker, die sich ihrer Künste rühmen, aber bei Geldschwund von nichts gewusst haben.

Das beschlossene Spekulationsverbot für Gebietskörperschaften wie Länder und Gemeinden ist zwar gut, aber greift nicht wirklich, weil NÖ oder Wien sagen, sie spekulieren eh nicht, basta. Zunächst sollte in Purkersdorf einmal das Bewusstsein vorhanden sein, dass wir spekulieren, und die Summen sehr groß sind. Die Gemeinde Purkersdorf hat den Großteil der Schulden in Franken-Fremdwährungskrediten. Im Kurier schrieb Chefredakteur H. Brandstätter über Fremdwährungskredite: „Solche Kredite sind eine besondere Form der Spekulation“.

Wie schaut die Finanzpolitik des Bürgermeisters aus? Die Rückzahlungen der Kredite durch die Gemeinde (nicht der WIPUR) wurden einfach zum x-ten Mal nun bis 2036 aufgeschoben, eine Spekulation fast bis ins Unendliche; zur Freude der Banken, so cashen sie noch mehr Zinsen vom Steuergeld. In Purkersdorf werden die Probleme der nächsten Generation aufgebürdet.

Während sich in Salzburg, Linz und anderswo die Politiker herausreden wollen, sie hätten die Spekulationen nicht verstanden

und die Banken hätten ihnen was angedreht, bekennt sich der Bürgermeister von Purkersdorf auch noch im September 2013 dazu, dass er und seine Mehrheitsfraktion im vollem Bewusstsein auf Kosten der zukünftigen Generation spekulieren: „Für die WIPUR GmbH und die Stadtgemeinde Purkersdorf waren diese Chancen/Risikoparameter immer klar und man hat sehr bewusst einen Teil der Fremdfinanzierung in Schweizer Franken aufgenommen.“ (Amtsblatt September 2013) – wobei auch „bewusst einen Teil der Fremdfinanzierung in Schweizer Franken“ eine Schönfärberei ist, denn man hat alles, was irgendwie ging, bis vor kurzem in Frankenkrediten aufgenommen.

Dem Herrn Bürgermeister ist zu wünschen, dass er das Jahr 2036 oder allfällige Jahre, auf die weiter aufgeschoben wird, noch gesund erlebt. Es ist auch zu hoffen, dass der Kapitalismus nicht in eine solche Krise kommt, dass der Franken noch mehr als sichere Währung angesehen wird, und unsere Schulden und Zinsen dann so steigen, dass wir zahlungsunfähig werden. Und es ist zu hoffen, dass irgendwann auch in Purkersdorf die Einsicht die Oberhand gewinnt, dass mit öffentlichem Geld (und dem künftigen Generationen) nicht gezockt werden darf oder zumindest klug aus den Spekulationen ausgestiegen wird.

Dr. Dr. Josef Baum

Freiheit oder Dummheit?

Sollten die GemeinderätInnen der Opposition bei den Kosten von Brückensanierungen über den Tisch gezogen werden? Wir meinen ja.

Schon 2011 wurde im Gemeinderat die Sanierung der Brücke zur Kellerwiese und des Zurecksteges vom Baustadtrat beantragt. Damals erschien uns der Betrag von Euro 60.406,58 als zu hoch und der Antrag wurde zurückgezogen um weitere Angebote einzuholen.

In der Sitzung des Gemeinderates im Juni d. J. beantragte Baustadtrat Weininger (SPÖ) nochmals die dringenden Brückensanierungen, diesmal zum Preis von Euro 167.497,33.

Der neuerliche Vorschlag war also um Euro 107.090,75 teurer als der schon 2011 als zu teuer bewertete. Vorgelegt wurde ein Angebot über

die Sanierung der beiden Brücken von der gleichen Firma wie 2011, Vergleichsofferte wurden nicht eingeholt.

Nachdem Gemeinderat Manfred Cambruzzi von der Purkersdorfer Liste den Gemeinderatsbeschluss von 2011 während der Sitzung vorlegen konnte, wurde der Antrag neuerlich zurückgezogen.

Offensichtlich ist es doch nicht so dringend mit der Sanierung der Brücken – wir hoffen es für die BenützerInnen – denn seit Juni ist dieses Thema in keinem zuständigen Gremium weiter behandelt worden. Es kann doch nicht so langwierig sein, Gegenofferte einzuholen – oder wären die alle günstigster?

Bina Aicher

„Seit Jahren genießt Karl Schlögl nach jeder geschlagenen Wahl seine fünf Minuten Ruhm. Verlässlich meldet sich der frühere Innenminister zu Wort und meint, jetzt sei aber auch wirklich die Zeit für Rot-Blau gekommen.“ (profil 42)

„Dass für so politische Lichtgestalten wie Schlögl (Purkersdorf) oder Seifried (Wolfsberg) die Zeit für Rot-Blau schon gekommen ist, zeigt, welch Geistes Kind sie sind. Jedenfalls sind diese und ähnliche Gesinnungsgegnossen ohne Gesinnung.“ (FELIX DVORAK im profil 43)

Garage wird Blumenwerkstätte

Das Stadtamt in Purkersdorf vergibt Tiefgaragen-Plätze zur gewerblichen Nutzung. Diese Garagenplätze dürfen dann auch abgeteilt und zu Arbeitsräumen umfunktioni-ert werden.

Gilt dieses Angebot für alle MieterInnen in dieser Garage? Wir glauben wohl nicht. „Normale“ Mieter werden von Vermietern unter Androhung von Räumungskosten angeschrieben, wenn sie in Garagen Dinge lagern, die dort nicht hin gehören.

Aber in Purkersdorf gilt: Alle sind gleich nur manche sind gleicher

Für die Garage des Stadtsaales, die zum Gemeindezentrum gehört, wurden bei der Geschäftsvergabe an die FLORALIE KG (Geschäftsführer Stadtamtsdirektor Burkhard Humpel) auch 2 Auto-Stellplätze vergeben.

3 Monate später ist ein Stellplatz abgeteilt und als Arbeitsplatz für den Gewerbebetrieb vorgesehen (siehe Foto).

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- ▶ Wer hat die baubehördliche Untersuchung durchgeführt?



- ▶ Wurde eine Widmungsänderung durch die Baubehörde – in diesem Fall Bürgermeister Karl Schlögl – vorgenommen?

Immerhin handelt es sich um Garagenplätze und nicht um Abstellräume.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier Schlögl einen Sachverständigen beauftragt hat, für den Stadtamtsdirektor/Blumenhändler eine Widmungsänderung zu bewilligen.

Bei manchen Purkersdorfer Politikern scheint der Filz nun schon unter der Erde angekommen zu sein.

Zur Zukunft des Bezirkes WU

Bekanntlich hängen die 4 Teile des Bezirkes Wien Umgebung - Purkersdorf, Klosterneuburg, Gerasdorf und Schwechat – geographisch nicht zusammen.

Weil in Österreich, besonders aktuell in der Steiermark, Verwaltungsreformen diskutiert werden, ist es an sich erfreulich, dass auch die Zukunft des Bezirkes WU ernsthaft geprüft wird. Erstmals seit den 1950er Jahren dürfte die Landespolitik dafür zumindest ein offenes Ohr haben.

Bürgermeister Schlögl und auch der Schwechater Bürgermeister haben ein vorsichtiges Interesse für Veränderungen angemeldet. Klosterneuburg möchte nichts ändern, profitiert es ja am meisten vom bestehenden Status.

Warum macht die Diskussion Sinn? Auf der Ebene der Bezirke gibt es keinerlei Wahlen oder demokratische Möglichkeiten zur Mitbestimmung, aber die Kooperationen zwischen Gemeinde und Land werden immer wichtiger. Nicht von ungefähr gibt es ja auch mehr Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Diese demokratische Struktur kann aber nur ausgebaut werden, wenn es das Gefühl einer gewissen Gemeinsamkeit gibt; diese ist im

Bezirk Wien Umgebung in der derzeitigen Situation nicht vorhanden.

Was wären Lösungsmöglichkeiten aus Purkersdorfer Sicht:

- ▶ Ein eigener Bezirk Purkersdorf mit den 6 Gemeinden des früheren Gerichtsbezirks scheint die attraktivste Lösung zu sein. Von der Bevölkerungszahl her wäre auch eine Größe gegeben, die mit anderen kleineren Bezirken in NÖ vergleichbar ist. Damit wäre Purkersdorf immerhin Bezirksstadt.

- ▶ Die zweitbeste Lösung sehe ich in einem Bezirk Wienerwald, zusammen mit der Region Neulengbach, und ebenfalls mit Purkersdorf als Bezirksort.

- ▶ Bedacht muss natürlich auch eine Fusion mit Tulln werden, wengleich hier auch einiges dagegen spricht und zu klären wäre.

Jedenfalls wäre es im Interesse der Stadt, wenn diese Diskussion geführt würde. Denn erstmals seit 60 Jahren gibt es offensichtlich reale Überlegungen, die nicht verschlafen werden sollten. Wer weiß, wann die nächste Möglichkeit zur Verbesserung kommt.

J. Baum

Nationalratswahl Purkersdorf: vierthöchster „Grüne“-Stimmenanteil in NÖ

Mit 17,9 % belegte Purkersdorf bei der Nationalratswahl 2013 wieder einen Spitzenplatz bei den für „Grüne“ abgegebenen Stimmen. Von über 500 Gemeinden in NÖ konnte der 4. Platz erreicht werden.

Danke Purkersdorf!

Besonders stark ist der Anteil der GrünwählerInnen in der Wintergasse und Wienerstraße, da liegen die Grünen sogar an 1. Stelle!

BLUMEN HUMPEL oder wie komm ich zu einem Geschäftslokal

In der Gemeinderatssitzung im Juni wurde über ein Geschäftslokal in der Bachgasse 8, das der Stadtgemeinde gehört und neu vergeben werden sollte, abgestimmt.

Es gab letztlich 2 Bewerberinnen, die ein Blumengeschäft in der Bachgasse betreiben wollten.

- ▶ Eine Frau, Inhaberin eines Gewerbescheins (ruhend gestellt), Mutter von 3 Kindern, Alleinerzieherin, die sich eine Existenz aufbauen wollte

- ▶ Eine Frau aus Gablitz, die mit dem Stadtamtsdirektor der Stadtgemeinde Purkersdorf verheiratet ist und keinen Gewerbeschein hat

Die Abstimmung ging zugunsten der Frau des Stadtamtsdirektors aus.

Nachdem uns im Nachhinein manches eigenartig erschien, wie z.B. dass eine Gemeindegestellte dabei beobachtet wurde, wie Sie ein Hinweisplakat zur Eröffnung vor dem Blumengeschäft aufstellte, recherchierten wir ein bisschen und kamen auf Folgendes:

Die eingetragene Gesellschaft für das Blumengeschäft lautet auf FLORALIE KG. Der Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter) der KG ist niemand geringerer als der Stadtamtsdirektor von Purkersdorf!

Die Liste Baum & Grüne brachte darauf hin gemeinsam mit Manfred Cambruzzi von der Purkersdorfer Liste in der letzten Gemeinderatssitzung diesbezüglich einen Dringlichkeitsantrag ein.

Unser Vorwurf ist, dass der Gemeinderat getäuscht wurde.

Vom zuständigen Stadtrat Michael SEDA wurde es bei der Beschlussfassung so

dargestellt, dass alle Bewerberinnen gleichwertig seien. Dem ist jedoch nicht so: Einer Mutter von 3 Kindern im Schulalter, die in genau diesem Geschäft, bevor es geschlossen wurde, als Angestellte gearbeitet hat, nimmt die Gemeinde mit dieser Entscheidung die Chance auf Selbstständigkeit. Die fadenscheinige Begründung dafür: „sie habe sich nicht genug um ihre Bewerbung gekümmert“.

Dafür spricht man sich für die Frau des Stadtamtsdirektors aus, die rechtlich in der KG nur eine untergeordnete Rolle als Kommanditistin spielt. Daher ist das Geschäftslokal nicht an diese Frau, sondern an eine KG mit dem Geschäftsführer Humpel/Stadtamtsdirektor, vergeben worden, der für die Floralie KG auch den Mietvertrag unterzeichnet hat.

Es besteht der Verdacht, dass der Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung eine falsche Auskunft getätigt hat

In der letzten Gemeinderatssitzung antwortete Bürgermeister Schlögl auf unsere Anfrage, dass er von der KG Humpels überhaupt erst an diesem Nachmittag erfahren hatte. Kurz darauf behauptete der Stadtamtsdirektor, dass er den Bürgermeister selbstverständlich darüber informiert hätte, dass er Komplementär wäre. Dann plötzlich konnte sich auch der Bürgermeister wieder erinnern. ;-) Schelm ist, wer Schlechtes denkt.

Selbstverständlich kann auch ein Stadtamtsdirektor „nebenbei“ eine Firma betreiben. Aber dann sollte man das dem Gemeinderat auch so darstellen und nicht den

Anschein erwecken, als hätte man nichts damit zu tun. Abgesehen davon wäre eine Nebenbeschäftigung dem Dienstgeber (Stadtgemeinde) anzuzeigen.

Und außerdem: das Geschäftslokal gehört der Stadtgemeinde, verwaltet wird es von der Genossenschaft WIEN SÜD. Der Stadtrat der Stadtgemeinde, Victor WEINZINGER, ist bei WIEN SÜD stellvertretender Leiter der Immobilienverwaltung. Damit kam es nicht zu der wohl seltsamen Situation, dass der Stadtamtsdirektor sich selbst den Mietvertrag ausstellen und dann als Mieter auch unterschreiben musste. Praktisch oder?

Bina Aicher

GR-Termine 2013

Schalten Sie sich ein.

Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich zugänglich. Auch wenn Sie als Bürgerin/Bürger nicht das Recht haben bei der Sitzung mitzusprechen, können Sie sich ein direktes Bild über die Arbeit der gewählten MandatarInnen, die Themen die behandelt werden, die Diskussionskultur und das Stimmverhalten verschaffen.

In Purkersdorf trifft sich der Gemeinderat im Stadtsaal. Der nächsten Termine für 2013 ist 3. Dezember.

Beginn ist 19 Uhr.

Die Stadträtin von LIB&G lädt zum offenen Austausch

Unsere Treffen sind für Sie/Dich offen. Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und natürlich Mitarbeit.

Die nächsten Termine sind:
DO, 14.11., 19 Uhr, Themenabend Wohnen
DO, 28.11., 19:30 Uhr
DO, 12.12., 19:30 Uhr

Unsere Treffen finden in der Pizzeria zum Dorfwirt in der Herrengasse statt.



ATTAC Wienerwald Treffen

Jeden ersten Montag im Monat
19 bis 21 Uhr



„Stadtheuriger“ Purkersdorf

Wir sind überzeugt – eine andere Welt ist möglich!

Und wir wollen dabei sein!

Siehe auch: <http://www.puon.at/attac>

Junge Grüne Purkersdorf

Nachhaltigkeit selbst gemacht

Leben und essen ohne tierische Produkte? Das ist das Konzept das hinter dem Wort Veganismus steht. Die Idee dahinter ist simpel: Tiere schützen und Klima retten.

Tatsächlich werden in der Nutztierhaltung viele klimaschädliche Stoffe wie Methan freigesetzt und der Wasserverbrauch so wie der Aufwand zur Herstellung des Futters ist enorm.

Wir wollten uns aber nicht nur theoretisch mit dem Thema auseinandersetzen, sondern ausprobieren was es heißen könnte vegan zu leben. Bei unserem Picknick auf der Kellerwiese brachten Aktivist_innen selbstgemachtes veganes essen mit. Von Nudelsalat über Aufstriche, und natürlich

Kuchen und Kekse, gab es alles – es hat uns an nichts gefehlt!

Vegane Kuchen am Hauptplatz

In der ersten Schulwoche haben wir außerdem am Hauptplatz veganen Kuchen und Informationen an Schüler_innen und Passant_innen verteilt. Das Interesse an einer anderen Art sich zu ernähren war hoch und das Urteil über den veganen Kuchen durchwegs positiv.

Unser Fazit: Vegan essen ist lecker und einfach! Wenn man so manche Mahlzeit in der Woche durch eine vegane Speise ersetzt, ist nichts verloren und viel gewonnen!

Du möchtest es selbst ausprobieren?

Hier ist ein Rezept für einen tollen veganen Karottenkuchen:

Saftiger Karottenkuchen

Zutaten:

200 Gramm Mehl
180 Gramm Zucker
1-2 Päckchen Vanillezucker
1 TL Natron
1 TL Backpulver
1 TL Zimt
1/2 TL Salz
75 Gramm geriebene Karotten
200 Gramm Soja-Joghurt Natur
100 ml pflanzliches Öl

Natron, Backpulver, Zimt und Salz in einer mittelgroßen Schüssel gut vermischen. In einer großen Schüssel die Karotten, das Soja-Joghurt und das Öl gut miteinander vermengen. Die trockenen Zutaten in drei Schritten zu dem Karottengemisch hinzufügen, dabei alles vorsichtig verrühren, nur so lange, bis die Zutaten vermischt sind (nicht mit dem Handmixer!). In die Kuchenform füllen, glatt streichen, und bei 180 Grad ca. 30 - 35 Minuten backen. Völlig auskühlen lassen, dann mit Staubzucker bestreuen oder eine Zitronenglasur aufstreichen.

Zitronenglasur: 100 Gramm Staubzucker mit 3 EL Zitronensaft und 1 EL heißem Wasser mischen.

Ofen auf 180 Grad Celsius vorheizen. Eine Kuchenform (24 cm) oder eine Brotbackform gut einfetten. Mehl, Zucker, Vanillezucker,



Get Active!

purkersdorf@junge-gruene.at
http://www.junge-gruene.at

Kinderspielplatz am Hauptplatz

Der Bürgermeister samt seinen SPÖ-GemeinderätInnen weigert sich, die Übernahme der sehr überschaubaren Kosten von 800 – 1.000 Euro pro Jahr für einen, nach seinen Angaben, „öffentlichen“ Kinderspielplatz in der Wienzeile zu übernehmen. Gleichzeitig plant seine Stadträtin Susanne Bollauf den Umbau des Kinderspielplatzes am Hauptplatz um bemerkenswerte 50.000 Euro. Der Spielplatz hat ein Ausmaß von ca. 70 m².

Ja, es ist jetzt nur Rindenmulch vorhanden und ja, der Spielplatz ist nicht eben (aber auch nicht gefährlich abschüssig).

Rechtfertigt das Sanierungskosten von 50.000 Euro? Wie „eben“ muss denn ein Kinderspielplatz sein? Und was alles kann man auf einer Fläche von 70 m² zu diesem Preis aufstellen, wenn dort auch noch Kinder spielen wollen?

Im Spielplatzbüro NÖ des Landes Niederösterreich nachgefragt, war man mehr als verwundert, dass man für eine so kleine Fläche so viel Geld ausgeben kann. Kosten pro Spielgerät – für solche, die sich auf 70 m² eben ausgehen – höchstens 3.000 Euro.

Kein Wunder, dass hier die NÖ Spielplatzförderung nicht beantragt werden kann, wie

andere Gemeinden das tun. (<http://www.noee-spielplatz.at>)

In Purkersdorf genehmigt die Gemeinde bestimmten Genossenschaften, Wohnanlagen ohne die vorgeschriebenen Kinderspielplätze zu errichten und bezeichnet kahle Rasenflächen als ausreichende Spielflächen. Das Herz für Kinder scheint bei den Verantwortlichen also nicht allzu hoch zu schlagen. Dann aber sollen in einen Mini-Spielplatz auf dem Hauptplatz 50.000 Euro investiert werden. Wohin geht das Geld? Das kommt sicher nicht Kindern zugute.

Bina

Karin Erben

Zurück im Gemeinderat

Nach einer dreijährigen Unterbrechung habe ich mich nach dem Ausscheiden von Gemeinderätin Christa Franek entschlossen, ihr Mandat anzunehmen. Als gewählte Gemeinderätin der Liste Baum & Grüne freue ich mich wieder darauf, die Kommunalpolitik in Purkersdorf mitzugestalten. Ich werde mich in den Ausschüssen Bildung/Familie und Kultur aktiv einbringen und darüber hinaus gemeinsam mit meinen MitstreiterInnen der Liste Baum & Grüne konstruktive, kritische Oppositionspolitik betreiben. Wie wichtig genaues Hinschauen in der Purkersdorfer Gemeindepolitik ist, wird Ihnen beim Lesen dieser Zeitung einmal mehr bewusst werden.

Manche von Ihnen können sich vielleicht daran erinnern, dass ich von 2005 bis 2010 bereits als Gemeinderätin tätig war. Die ersten drei Jahre als Mitglied der SPÖ-Fraktion, 2008 fasste ich den Entschluss die SPÖ-Gemeinderatsfraktion zu verlassen. Mein Verständnis von politischer Arbeit wurde durch die Kultur des miteinander Umgehens, nach personellen Änderungen in der Purkersdorfer SPÖ, und dem undemokratischen Umgang mit Macht derart erschüttert, dass ich lieber als fraktionsfreies Mitglied dem Gemeinderat angehören wollte. Bald darauf wurde ich von der Liste Baum & Grüne zur Zusammenarbeit eingeladen und bin dem auch gerne nachgekommen. Bei der Gemeinderatswahl 2010 kandidierte ich dann erstmals für LIB & G.



Nach wie vor prägen mich sozialdemokratische Werte und ich fühle mich damit bei der Liste Baum & Grüne in guter Gesellschaft.

Für Purkersdorf ist es mir besonders wichtig, dass die Zukunft unserer Stadt vorausschauend und mit Augenmaß im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet wird. Dazu gehören geordnete finanzielle Verhältnisse ebenso wie soziale Verantwortung und Angebote für alle Generationen, das Schaffen leistbarer Wohn-

nungen für junge PurkersdorferInnen, ein qualitativvolles Bildungsangebot für die jungen Menschen in unserer Stadt, eine nach ökologischen und nachhaltigen Kriterien durchdachte Stadtentwicklung - vor allem im Hinblick auf die neu entstehende Situation im Bereich Unterpurkersdorf und eine Versorgung der Siedlungsgebiete mit Angeboten des öffentlichen Verkehrs. Dieser und vieler anderer Themen der Kommunalpolitik möchte ich mich als Gemeinderätin für Purkersdorf annehmen.

Ich freue mich auf all die spannenden Aufgaben und werde meine Erfahrung und meine Kraft dafür einsetzen um möglichst viele positive Veränderungen und Verbesserungen für Purkersdorf und seine BewohnerInnen zu erreichen.

Karin Erben

Tel.: 0699 11 96 98 25

Mail: karin.erben@k-e.at

Lieber Leserin, lieber Leser!

Auch in unserer politischen Arbeit bleibt die Frage der Finanzierung nicht ausständig. Wir, die GemeinderätInnen, behalten die Entschädigungen nicht für uns, sondern geben sie vollständig in einen Topf, der zur Finanzierung unserer Informationsmedien verwendet wird. Trotzdem sind wir in unserer Arbeit auch auf Spenden angewiesen. Wenn es Ihnen Ihre finanzielle Lage erlaubt und Sie unsere Bemühungen und unsere Arbeit für Demokratie und Transparenz in Purkersdorf unterstützen wollen, freuen wir uns über Ihre Spende auf unser Konto bei der Bank Austria Kto.Nr. 619 179 401, BLZ 12000.

Herzlichen Dank!

Sabine Aicher

Fraktionsvorsitzende
und Kassierin der LIB & G

Offenlegung und Impressum:
«Purkersdorfer Informationen» ist die Zeitung der Liste Baum – sozialökologische Plattform in Purkersdorf, die auch als Gemeinderatsfraktion im Rahmen der wahlwerbenden Gruppe »Liste Baum und Grüne« tätig ist, und dieser eine Plattform bietet. Die Zeitung berichtet über (sonst wenig veröffentlichte) Tatsachen und bringt Vorschläge in die Gemeindepolitik mit der Perspektive einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft ein. Medieninhaber, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Liste Baum – sozialökologische Plattform. Layout: Karl Berger, E-Mail: karl.berger@listebaum-gruene.at, www.zeitschenware.at, Inserate: Sabine Aicher, E-Mail: sabine.aicher@listebaum-gruene.at

Danke für die Mitarbeit in der bisherigen Form.

Christa Franek scheidet aus dem Gemeinderat aus. Ihre Lebenssituation hat sich verändert, sodass sie inzwischen Vollzeit arbeitet. Damit bleibt neben der Familie wenig Spielraum für derart dichte politische Arbeit. Gleichzeitig brauchte sie eine neue Wohnung und hat in Purkersdorf keine leistbare gefunden. Weshalb sie nach Wien ziehen musste. Liste Baum & Grüne dankt Christa für ihr bisheriges Engagement und freut sich, dass sie auch nach dem Ausscheiden aus dem Stadtparlament in unserer Gruppe aktiv bleiben will.



Splitter aus dem Gemeinderat 24. September 2013

Dass fast alle Gemeinderät*innen anwesend waren, hat – bis auf wenige aufgeregte Augenblicke – nicht zu einem intensiveren Meinungsaustausch geführt. Aktive Mitarbeit beschränkt sich auf einige wenige Mitglieder des Gemeinderates. Der Rest erschöpft sich in schweigender Zustimmung und nickender Anwesenheit.

Rathausanierung:

Nach einem guten halben Jahr Debatte hat sich an den viel zu hohen Preisen für die Sanierung nicht wesentlich etwas geändert. Offensichtlich haben Firmen verschiedene Preise wenn sie Privaten oder der öffentlichen Hand anbieten. Wenn das nicht so wäre, könnte sich Otto-Normalverbraucher nie und nimmer irgendwelche Sanierungsarbeiten zu Hause leisten. In der aktuellen Sitzung wurde beschlossen mit den Innenarbeiten zu beginnen, und in einer weiteren GR-Sitzung dann über thermische Sanierung ja oder nein zu entscheiden.

Kinderspielplatz Wienzeile 6:

Die Ausgangslage: In der Wienzeile 6 gibt es einen Kinderspielplatz der von den Mieter*innen der Genossenschaft Wien-Süd bezahlt wurde – sowohl was den Ankauf der Geräte betrifft als auch deren Erhaltung. Von der Gemeinde – Anfragebeantwortung Bgm. Schlögl – wird uns jedoch mitgeteilt, es handle sich dabei um einen öffentlichen Spielplatz.

Was jetzt also? Ist der Spielplatz privat oder öffentlich?

Es ist zwei schriftlichen Anfragen unserer Fraktion zu verdanken, dass das ganze überhaupt Thema auf Gemeindeebene wurde. Jetzt beschloss der Gemeinderat – mit unseren Enthaltungen – eine verhatschte Lösung, die sich die SPÖ-Fraktion auch noch als „Initiative von Baustadtrat Weinzieringer“ auf die Fahnen gepickt hat.

Die Genossenschaften Wien-Süd, GPA und Neue Heimat übernehmen je 25 Prozent des Erhaltungsaufwandes – die Gemeinde übernimmt das letzte Viertel. Womit der Spielplatz „Wienzeile 6 nunmehr auch offiziell“ geöffnet ist.

Das hinkt auf mehreren Ebenen: wenn es ein öffentlicher Spielplatz ist, hat die Gemeinde die gesamten Kosten zu tragen (incl. Anschaffung der Geräte)

Damit stehen für 106 Wohnungen etwa 270 m² Spielplatz zur

Verfügung – weniger als die Hälfte der im Spielplatzgesetz vorgeschriebenen Fläche

Interessant auch, dass nach mehr als einem halben Jahr kontroversieller Debatte zum Kinderspielplatzgesetz, weder der Bürgermeister, noch der Baustadtrat, noch die zuständige VP-Stadträtin, noch sonst einer der SPÖ-Gemeinderät*innen, die sich an der Debatte beteiligten eine Idee über den Inhalt des Gesetzes, das schlappe 1 ½ Seiten lang ist, hat. (Link: Kinderspielplatzgesetz NÖ)

Unserem entsprechenden Gegenantrag – die Gemeinde soll die Kosten übernehmen – wurde nur von unseren Gemeinderätinnen zugestimmt.

Ehrungen:

Mit Ausnahme von Brigitte Samwald und Leopold Panholzer ehrt die Gemeinde ausschließlich Menschen, die einmal im Gemeinderat waren. Dass im Kulturausschuss festgehalten wurde, sinnvolle Kriterien für Ehrungen auszuarbeiten, fehlt im Antrag leider und wurde auch auf unsere Urgeiz nicht aufgenommen.

Raumordnungsprogramm:

Teilweise kontroversielle Debatten lösten die vorliegenden Änderungen zum Raumordnungsprogramm aus. Immerhin geht es bei einigen hier vorgeschlagenen und von der Mehrheitsfraktion auch beschlossenen Maßnahmen um weitere Einschnitte ins bereits jetzt deutlich ausgezeigte Gefüge der Stadt.

► die Firma Lidl will ihren Supermarkt ausbauen und beantragt daher eine Zentrumszonenwidmung für ihr Grundstück in Purkersdorf. Im Klartext heißt das, dass bei einer entsprechenden Umwidmung, künftig alle Handelsbetriebe über 1.000 m² verbauen können. Bisher dürfen sie, unabhängig von der Möglichkeit des Baugrundes, maximal 1.000 m² bebauen.

Im ersten Schritt ist jetzt das Land am Zug, das der Widmung zustimmen muss und jetzt dazu eine Analyse des Ortsbildes vornehmen wird.

Wir sind der Meinung, Purkersdorf braucht dringend Nahversorger die in fußläufiger Erreichbarkeit für die Menschen liegen. Dazu muss man aber nicht ein weiteres Mal die großen Ketten fördern.

► Mit der Anhebung der Bebauungsdichte und der Bauklasse für die Grundstücke der Neusiedler Genossenschaft an der Wiener Straße 44 – 54 hat die Gemeinde diese Grundstücke massiv aufgewertet und die Möglichkeit für die nächsten großvolumigen Wohnbauten entlang der dichtbefahrenen, lauten Bundesstraße geschaffen. Gleichzeitig gibt es keine entsprechende Unterstützung für die Verdichtung des öffentlichen Verkehrs. Außerdem handelt es sich ein weiteres mal um frei finanzierte Wohnungen – also wieder nicht um die Schaffung kostengünstigen oder leistbaren Wohnraums auch für Niedrigverdiener*innen.

► Gleiche Möglichkeiten wurden mit der Erhöhung der Bebauungsdichte in der Deutschwaldstraße 10a geschaffen. Mit dem Argument, dass an das Grundstück ja bereits der Bau der Immorent anschließt, wird deutlich, dass die Gemeinde dem nächsten Wohnklotz entgegenseht – die Parzelle umfasst gesamt immerhin 10.000 m².

Dass Purkersdorf eine möglichst hohe Einwohner*innenzahl erreichen will, um zu besseren Einkünften aus dem Finanzausgleich zu kommen, schafft aber für die Bewohner*innen unserer Wienerwaldstadt keine Wohnqualität!

► Neue Möglichkeiten ergeben sich bei der Haltestelle Purkersdorf-Sanatorium: Die Familie Demmer bietet einen Parzellenabtausch an, womit der an den derzeitigen P&R-Platz anschließende Grund für eine Erweiterung eines solchen genutzt werden könnte. Offen ist jetzt, ob das Land dem Baulandabtausch zustimmt und ob ein entsprechender Vertrag zwischen der Gemeinde

und der Familie geschlossen werden kann.

Eislaufplatz am Hauptplatz:

Wäre es nicht so traurig, wäre das Kabarett! Wir beschließen für die nächsten drei Jahre wieder den Eislaufplatz für jährlich 18.000 Euro netto zu bestellen und legen auch die Personalkosten für die Betreuung mit 3.000 Euro pro Saison fest. Wie hoch die Energiekosten für dieses Event sind, weiß man aber, auch von Seiten der anwesenden Rathausverwaltung, angeblich nicht und muss diese Information nachreichen?!? Das erstaunt einigermaßen, ist es doch nicht das erste Jahr, im dem die Gemeinde den Eislaufplatz betreibt.

Dass inzwischen mehrere gleichgestaltete Anlagen bis hin zu große Sportevents auf Kunststoffplatten zurückgreifen – aus Kostengründen – interessiert in Purkersdorf die Gemeindeobersten nicht. O-Töne:

► Schlögl – Kunsteist hat keinen Charme.

► Orthofer – normalerweise sei er ja für die billigere Lösung, aber hier geht es um Kinder, denen müsse man als Erziehungsmaßnahme eine Natureislaufbahn zugestehen.

► Wolkerstorfer – zu hohe Kosten für den Unterbau (weil der Eislaufplatz keinen braucht?).

Was da dran Natur ist, wenn Wasser bei Plusgraden künstlich und mit hohem Energieaufwand auf Eis gekühlt wird, bleibt offen.

Radabstellanlage Purkersdorf-Sanatorium:

Mit der möglichen Erweiterung des P&R-Platzes ergibt sich, dass wir im Frühling hoffentlich eine passable Radabstellanlage errichten können. Die Erweiterung um zehn Stellplätze, die auf dem derzeit vorhandenen Platz möglich wäre, habe ich daher zurückgestellt.

By the way: Trotz mehrfacher Verhandlungen mit den ÖBB, denen der Grund auf dem die aktuelle Abstellfläche gebaut ist gehört, ist die Bahn nicht bereit, auf einen Autoabstellplatz zu verzichten um dafür weitere zehn neue Radabstellplätze zu schaffen.

Bericht zur Klima- und Energiemodellregion Wienerwald (KEM):

Karolina Nowak, die Regionsmanagerin der KEM hat über den Sommer das Energie-Wettsparen vorbereitet, das mit der Umweltmesse am 4. Oktober starten wird (siehe Artikel Seite 17)

Außerdem arbeiten wir an der Konkretisierung einer Photovoltaik-Anlage am Rathaus- bzw. Stadtsaaldach im Zentrum die mit Bürgerbeteiligung hergestellt werden soll.

Dringlichkeitsanträge:

1.) Einen hübschen Wahlkampf-gag hat sich die VP-Fraktion

ausgedacht. Wir wissen zwar noch nicht, was das neue Mittagessen in den Landeskinder-gärten und im Hort tatsächlich kosten wird – immerhin haben sich Personal- und Energieaufwand mit dem neuen Essen erhöht – aber trotzdem geben wir einmal einen geschätzten Betrag an die Eltern weiter und verringern die Preise.

Der Antrag wurde an den Finanzausschuss zurück verwiesen. Einsparungen können den Eltern auch im nach hinein zurückgegeben werden, wenn ein Preis festgelegt werden kann, der dann für alle gleichwertigen Einrichtungen gilt und auch wieder hält.

2.) Vergabe eines Blumengeschäftes im letzten Gemeinderat: Siehe „Dringlichkeitsantrag LIB&G und PUL“ (Seite 11 und <http://www.puon.at/lib/dringlichkeitsantrag-blumengeschaeft.php>)

Christiane Maringer
Stadträtin Liste Baum
maringer@kpoe.at

Fahrrad- und Teile-Flohmarkt



Vorankündigung Frühling 2014

Das eigene Fahrrad entspricht nicht mehr den Bedürfnissen? Das Kind ist gewachsen – das Radl nicht? Vom alten Rad sind Ersatzteile über geblieben, die nutzlos im Keller herumliegen? Der Kindersitz wird nicht mehr gebraucht?

Werfen Sie die Stücke nicht weg, heben Sie sie lieber auf. Im Frühling, rechtzeitig vor Beginn der neuen Radsaison, organisieren wir einen Fahrrad- und Teile-Flohmarkt, wo Sie für all das Abnehmer*innen finden werden! Gerne informieren wir Sie über Ablauf und Termin, entweder per E-Mail (kontaktieren Sie mich bitte) oder Sie nutzen purkersdorf-online.at und informieren sich selbst.

Christiane Maringer,
Umweltstadträtin
maringer@reizwort.at



Energiepreise bleiben zu hoch

Jetzt die Einkaufsgemeinschaft des VKI nutzen um zu billigeren Tarifen zu kommen

Der Winter steht vor der Tür, die Energiepreise bleiben trotz anhaltender Kritik von e-control und Konsumentenvereinen auf zu hohem Niveau. Nicht nur das, die vor der Wahl von Wien Energie großspurig angekündigte Weitergabe von Strom- und Gaspreissenkungen von dreieinhalb Prozent, wird wenige Tage nach der Wahl durch die Erhöhung der Fixkosten wieder wett gemacht. Leute-Fopperei auf der ganzen Linie.

Dabei sind die Abgabepreise der Energieversorger für Strom für private Bezieher*innen laut Angaben des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) gegenüber den Großhandelspreisen um satte 40 Prozent teurer! Daher errichtet der VKI derzeit eine Energie-Einkaufsgemeinschaft. Konsument*innen, die an dieser Einkaufsgemeinschaft für Strom und Gas teilnehmen wollen können sich bis 16. Dezember unverbindlich und kostenlos auf der Internetseite www.energiekosten-stop.at anmelden. Teilnehmen können alle Privathaushalte in Österreich. Der VKI organisiert mit den Anmeldungen ein Bestbieterverfahren aus den landesweit besten Angeboten für Ökostrom, Gas und den Komibezug von Strom (nicht Ökostrom) und Gas.

Zwischen Mitte Jänner und Ende Februar 2014 können dann alle angemeldeten

privaten Energiebezieher*innen entscheiden, ob sie auf den neuen Tarif umsteigen wollen. Der Umstieg funktioniert dann über ein online-Formular, die restlichen Schritte erledigt der VKI.

Ein Schritt der sich durchaus auszahlt, denn vor allem beim Gasbezug sind für Haushalte spürbare Einsparungen möglich. Ein Durchschnittshaushalt verbraucht mit 15.000 kWh pro Jahr wesentlich mehr Gas als Strom. Daraus rechnet die e-control Einsparungspotentiale von 150 Euro pro Kund*in und Jahr vor. Besonders perfide in diesem Zusammenhang ein Brief für niederösterreichischen EVN an die Letztverbraucher*innen. Tatsächlich entspricht es nicht den Tatsachen, dass ausländische Gasanbieter die heimischen Versorgungsstandards ignorieren können.

Die e-control begrüße die Energie-Einkaufsgemeinschaft mit Verweis auf die guten Erfahrungen, die in anderen Ländern mit solchen Maßnahmen erreicht werden konnten. Gleichzeitig wiederholt der Regulator seine Kritik an den Anbietern. Bundesweit könnte man den privaten Kleinkunden 170 bis 190 Millionen Euro Ersparnis zukommen lassen, dagegen sind die drei bis vier Prozent Verbilligung „doch zu mickrig“, führt Vorstand Walter Boltz aus.

Eine Ermäßigung in Höhe von zehn Prozent, wie sie der Verbund per 1. September vollzog, sei „zumindest einmal ein ordentlicher Schritt“. Die Bruttomargen von über 40 Prozent für die Anbieter hält die e-control auch daher für unangemessen, weil die Energieversorgungsunternehmen in ihrem jeweiligen Gebiet mit 70 Prozent Anteil der Marktführer sind. Boltz hält Margen von um die zehn Prozent und bei kleinen Anbietern von 20 bis 25 Prozent für richtig.

Zusätzlich dürften diese Zahlen ohnehin noch nach oben zu korrigieren sein. Derzeitige Berechnungen beruhen auf Modellszenarien, weil die Unternehmen die Anforderung von internen Kalkulationen und Einstandspreisen mit ihren Einsprüchen blockiert haben. Bis es also detaillierte Angaben zu den Marktmachtmissbräuchen (O-Ton orf.at) gibt, muss erst die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs abgewartet werden, die für Ende 2013 erwartet wird. Boltz betont, dass dem Regulator die Einsicht in diese Zahlen schließlich aufgrund von EU-Verordnungen zusteht. Laut e-control enden solche Wettbewerbsverfahren in Deutschland zu etwa 90 Prozent mit „freiwilligen“ Zugeständnissen der Versorger. Im Klartext zahlen sie Geld an die Kund*innen zurück.

Christiane Maringer
Stadträtin für Energie, Umwelt und Verkehr
www.energiegrundsicherung.at

KEM-Wienerwald: Gemeinde errichtet PV-Anlage beim Hauptplatz

Zügig gehen die Planungen für die Photovoltaik-Anlage auf den Hausdächern beim Hauptplatz voran. Mit der Dachfläche die uns zur Verfügung steht, kann ein Gutteil des Strombedarfs der Gemeinde gedeckt werden. Aktuell ist das Projekt von der KEM eingereicht worden, sodass zusätzlich hohe Förderungen lukriert werden können. In den nächsten Wochen fällt die Entscheidung über die Finanzierungsform der Anlage. Wir bemühen uns, diese über ein Bürgerbeteiligungsmodell errichten zu können.

Wir halten Sie auf dem Laufenden, informieren Sie sich auf purkersdorf-online.at

Christiane Maringer
Liste Baum



PV-Anlage in Purkersdorf, so eine fehlt derzeit noch auf den Dächern des Rathauses und des Stadtsaals

KEM startet Energie-Wettsparen

Melden Sie sich an, senken Sie jetzt mithilfe der KEM ihre Stromkosten im Haushalt und gewinnen Sie einen der vielen attraktiven Preise

Der Schwerpunkt der Arbeit der Klima- und Energiemodellregion Wienerwald (KEM) liegt in diesem Herbst beim Thema Energiesparen. Auf der Umweltmesse präsentierten wir dazu die druckfrischen Materialien für das Energie-Wettsparen. Wer in einem der drei Orte der Modellregion – Purkersdorf, Mauerbach oder Gablitz – wohnt, kann sich einfach anmelden, bekommt infolge regelmäßig Tipps zum Energiesparen und nimmt an den Verlosungen teil. Das Wettsparen geht über ein ganzes Jahr und endet am 30. September 2014.

Die KEM Wienerwald bietet dabei zwei Möglichkeiten um Energie zu sparen an. Beim klassischen Stromsparen schicken uns Haushalte die Kopie der letzten Jahresstrom-Abrechnung. Wer will kann monatlich eine Energiebuchhaltung führen und so den eigenen Fortschritt beim Stromsparen verfolgen. Zum Ende der Aktion machen sie ein Foto ihres Stromzählers. Wir ermitteln dann jenen Haushalt mit der größten Einsparung zum Vorjahr. Der gewinnt den Hauptpreis: Die KEM Wienerwald übernimmt die Stromrechnung für das Jahr des Wettsparens.

Das zusätzliche Bonus-System erhöht die Gewinnchancen für alle. Durch die Teilnahme an Veranstaltungen oder das Durchführen von energiesparenden Aktivitäten wie Energieberatung, Heizungsaustausch, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel uvm. können Bonuspunkte gesammelt werden. Je mehr Punkte ein Haushalt sammelt, desto größer ist die Gewinnchance. Unter allen teilnehmenden Haushalten werden abschließend je nach Anzahl der gesammelten Bonuspunkte interessante Preise verlost.



Und so geht's:

1. Anmelden unter www.kemwienerwald.org
2. Startpaket bei einer der nächsten Veranstaltungen der KEM abholen
3. Energie sparen. Dazu erhalten die Haushalte jeden Monat wertvolle und einfache Energie-Spar-Tipps zum Nachmachen.
4. Energie-Bonus sammeln
5. Preise gewinnen

Nähere Informationen finden Sie auf www.kemwienerwald.org und in Kürze in Ihrem Briefkasten.

Christiane Maringer,
Umweltstadträtin der LIB

Für Fragen oder Anregungen an die KEM Wienerwald stehen wir gerne zur Verfügung:
Christiane MARINGER, Telefon: 0664/344 13 12, Mail maringer@reizwort.at Umweltstadträtin Purkersdorf bzw.
Frau Karolina NOWAK,
Mail kemwienerwald@aee-now.at
Regionsmanagerin der KEM

Postadresse: KEM-Wienerwald, z.H. Frau Karolina Nowak, MMSc, Rathaus Purkersdorf, Hauptplatz 1, 3002 Purkersdorf



Am 4. Oktober 2013 fand die zweite Umweltmesse im Stadtsaal in Purkersdorf statt. Sie stand heuer unter dem Titel: „Nachhaltig leben! – innovative Technologien, Energie sparen und Umwelt-Tipps“ statt. Zur Eröffnung präsentieren die Aktivist*innen der KEM die Materialien zum Energie-Wettsparen: Helge Ebner, Mauerbach. Walter Jaksch, Organisator Umweltmesse. Karolina Nowak, Regionsmanagerin der KEM. Vizebürgermeister Christian Matzka. Christiane Maringer, Umweltstadträtin Purkersdorf. Leopold Zöchinger, Purkersdorf. Bernhard Haas, Gablitz (v.l.n.r.).

Ungeliebte Ö-Norm zum Schutz der Bäume endlich auch in Purkersdorf einhalten.

Die Stadtgemeinde erhält auf ihrem Gebiet aufwändig Bäume und Pflanzen. Dieser grüne Bewuchs trägt viel dazu bei, dass wir uns in unserer Stadt wohl fühlen können. Die Bäume sind Teil des öffentlichen Eigentums und sollten von uns allen pfleglich behandelt werden. Es ist nicht einzusehen, dass beim Ein- und Ausparken immer wieder Pflanzen beschädigt werden. Auch kleine Matzen können, wenn sie nicht bemerkt und behandelt werden, auf Perspektive gesehen zu großen Schäden führen. Jede*r einzelne ist also aufgerufen, sorgsam mit unseren Bäumen umzugehen – Sie schrammen ja auch nicht am daneben parkenden Auto an, oder?

Noch ärgerlicher, weil mit meist deutlich größeren Schäden verbunden, ist der Umgang in unserer Gemeinde mit Bäumen bei Baustellen. Praktisch nirgends werden die Pflanzen entsprechend der geltenden Ö-Norm L1121 geschützt. Diese sieht sehr detailliert vor, wie Schutzzäune rund um Bäume und Sträucher aufzustellen sind, wie großräumig das Erdreich im Bereich des Stammes nicht verdichtet oder kontaminiert werden darf. Ö-Normen sind geltender Rechtsbestandteil und die angesprochene dient dazu, Bestände zu schützen und zu sichern. Die Stadtgemeinde, im konkreten wohl die Bauverwaltung, hat es in der Hand, Bauträger auf diese Vorschrift hinzuweisen. Über den Umweltausschuss können wir dann einbringen, dass Schäden denjenigen verrechnet werden, die sie verursachen.

Christiane Maringer
Umweltstadträtin



Gegenüber einer Baustelle in der Hardt-Stremayr Gasse wurde ein Drittel der Krone weggerissen



Auch ein kleiner Schaden, wie hier an einer Linde in der Allee in der Bahnhofstraße gehört behandelt, damit keine Keime in den Baum eindringen können. Maßnahmen die Kosten verursachen und nicht notwendig wären, wenn sich Bauträger, auch private(!), an die geltende Ö-Norm halten würden.



Maria Kaltenbrunner: Unsere Aktion hat bereits Wirkung gezeigt: wenige Tage nach unserer Kritik ist der Baum in der Lindenallee mit einem Holzgerüst ummantelt und so vor weiteren Schäden geschützt worden. (siehe kleines Bild unten)



re:spect – Kulturhaus eröffnet

ein neues Angebot bereichert das kulturelle Leben in Purkersdorf

Nach langer Vorarbeit war es endlich soweit – das re:spect Kulturhaus in der Kaiser Josef Straße 49 hat am Freitag, den 11. Oktober 2013 seine Pforten geöffnet.

Der Verein Jugend- und Kulturzentrum Purkersdorf hat das Haus in der Kaiser Josef Straße schon seit 1994 angemietet und dort viele Jahre ein Jugendzentrum geführt. Nach einer Phase der Umstrukturierung hat der Verein die Jugendarbeit im September 2012 ins Zentrum verlegt und betreibt seitdem die re:spect-Jugendberatung und den re:spect-Jugendtreff im AHS-Provisorium in der Wienerstraße 2.

So war es an der Zeit, die Bestimmung des Hauses in der Kaiser Josef Straße zu überdenken. Ein neues Konzept wurde überlegt. Der Vorstand hat die Herausforderung angenommen und ein neues Kulturangebot in Purkersdorf geschaffen.

Haus renoviert

Somit stand der Entschluss fest, das Haus weiter anzumieten. Im Spätsommer wurde fleißig renoviert und saniert. Nun erstrahlt das Haus nicht nur außen in neuem Licht. Im Inneren wurden zwei große Räume für Veranstaltungen und ein ansprechendes Entree geschaffen, eine Küchenzeile wurde eingebaut und die Sanitäranlagen verlegt. Der bestehende und gut ausgestattete Musik- und Proberaum wurde beibehalten.

Eröffnung

Bei der Eröffnung konnte Geschäftsführer Robert Eder viele interessierte Gäste begrüßen. Robert Eder bedankte sich bei allen HelferInnen

und SponsorInnen und besonders bei der Stadtgemeinde Purkersdorf und bei Bürgermeister Karl Schlögl für die Unterstützung.

Vereinsobfrau Marga Schmidl hob hervor, dass das neue re:spect Kulturhaus keinem Parteien-Einfluss unterliegt, sondern für alle PurkersdorferInnen offensteht, verschiedene Initiativen sind willkommen. Vizebürgermeister und Kulturstadtrat Christian Matzka freute sich über das neue vielfältige Kultur- und Bildungsangebot. Bürgermeister Karl Schlögl betonte, dass der neue Begegnungsort neben den vielen bestehenden und erfolgreichen Einrichtungen das kulturelle Leben in Purkersdorf bereichern wird. Bgm Schlögl erwähnte auch, dass die Ausgewogenheit im Vorstand des Vereins und das Engagement des Geschäftsführers Garantien für ein vielfältiges Programm darstellen.

Nachdem auch Pfarrer Marcus König „Gottes Segen“ erbat und ein gedeihliches Miteinander wünschte, wurde das Haus seiner Bestimmung übergeben.

Die BesucherInnen konnten sich anschließend am Buffet und an den ausgestellten Bildern der Künstlergruppe ARTplus erfreuen. Ein kleines Konzert der Gruppe „The Venue“ mit der wunderbaren Gast- und Soulsängerin Aminata rundete den Abend ab. Dabei zeigte auch GF Robert Eder seine Vielseitigkeit am Keyboard und an der Gitarre.

Vielfältiges Angebot

Das re:spect Kulturhaus bietet ein eigenes Kultur-, Freizeit- und Bildungsprogramm. Im November startet es mit einer Kinderdisco, mit Trainingskursen zur Selbstbehauptung für junge Frauen, im Dezember folgen Seminare und Vorträge zu verschieden Themen, zum Beispiel zu Erziehungsfragen und anderen. Das genaue Herbst-Programm



kann man auf der Homepage <http://www.re-spect.org> einsehen und als Newsletter über nina.holztrattner@re-spectgmbh.at beziehen.

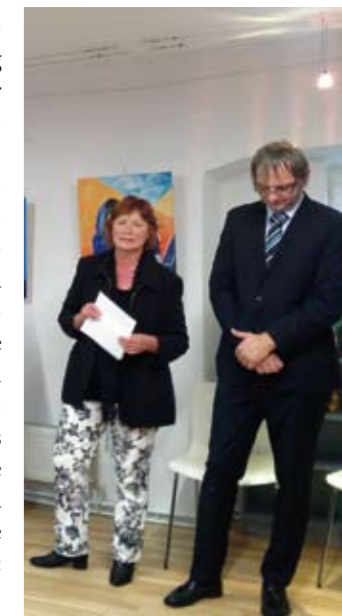
Weiters besteht die Möglichkeit, die Räume des Kulturhauses auch für Feierlichkeiten, Seminare und Veranstaltungen anzumieten. Derzeit werden die Räumlichkeiten bereits von einer Smovey-Bewegungsgruppe, vom Tauschkreis und von der Künstlergruppe ARTplus für Aktivitäten und Kurse genutzt. Bei Interesse melden Sie sich unter Mobil: 0699/10 69 58 75 oder E-Mail: bueror@re-spectgmbh.at

Mit der Neueröffnung des re:spect Kulturhauses ist ein großer Schritt gelungen, Der Verein hat neben der Jugendarbeit sein zweites Standbein – die Kulturarbeit – wieder aufgenommen und das kulturelle Spektrum in Purkersdorf erweitert.

Allen, die dabei mitgeholfen haben, sei gedankt.

Wir hoffen, dass das neue Kulturhaus in Zukunft zu einem gut und gerne besuchten Treffpunkt wird.

GRin Marga Schmidl



Bei der Eröffnungsfeier zeigt der Vorstand (im Bild Marga Schmidl und Robert Eder) die Möglichkeiten des neuen Veranstaltungsortes: oben der schallgeschützte Musik- und Probenraum. Unten einer der Seminarraum mit Galerieleisten für Ausstellungen

Gekaufte Stadtplanung *oder* Warum Lidl erweitert

Es dürfte kaum jemand geben, der meint, dass der LIDL-Parkplatz in der Wienerstraße zu klein sei, oder dass das erst vor nicht einmal zehn Jahren errichtete LIDL-Gebäude schon wieder neu gebaut werden muss. Gut, man kann darüber diskutieren ob es schön ist. Aber darum geht es nicht. Es geht vor allem darum, dass einer der größten Einzelhandelskonzerne Europas ein einheitliches Aussehen haben will, und dafür auch das nötige Kleingeld parat hat. Das Anliegen für ein einheitliches „corporate design“ will LIDL zu einem Neubau und der Erweiterung der Verkaufsflächen von 722 auf 1000 m² nutzen.

Um das zu verwirklichen, muss für Purkersdorf ein „Zentrumszonenplan“ erstellt werden. Im Gesetz heißt es „Um Zentrumszonen festlegen zu können, muss eine Analyse des gesamten Ortsbereiches erfolgen. Kriterien für Zentrumszonen-Festlegung sind

- ▶ Erscheinungsbild
- ▶ gute Verkehrsanbindung
- ▶ dichtere Bebauung
- ▶ hoher Durchmischungsgrad von Nutzungen“

Beim LIDL gibt es aber weder eine gute umweltfreundliche Verkehrsanbindung,

noch einen hohen Durchmischungsgrad von Nutzungen; Wenn das Lidl-Areal als zum Zentrum gehörig eingeschätzt wird, dann ist ja der Großteil von Purkersdorf auch Zentrum. Man darf gespannt sein, wie ExpertInnen diese Kurve kriegen, aber es wird schon ExpertInnen geben, die so etwas dort entdecken, denn praktischerweise finanziert LIDL diesen Plan selbst.

Wenn dieser Plan beim Land NÖ genehmigt wird, dürfte dann jeder Supermarkt in Purkersdorf über 1.000 m² groß sein, egal was im Flächenwidmungsplan steht. Man kann natürlich denken – sofern hier überhaupt gedacht wird – ist eh schon wurscht, wir haben eh nur mehr wenig Geschäfte für die Nahversorgung, die da benachteiligt werden könnten. Aber diese Entscheidung wird den großen Konzernen in Zukunft noch mehr Vorteile gegenüber den Kleinen bringen.

Warum sollten wir einem Handelsimperium entgegenkommen, wenn ein Neubau nach so kurzer Zeit offensichtlich eine Ressourcenverschwendung darstellt.

Da der Parkplatz schon jetzt nur marginal ausgelastet ist, sehe ich keinen Grund, dass sich das Unternehmen auf das Nachbargrundstück weiter rausbreiten soll. Wenn Anrainer dort Grund verkaufen wollen,

dann sind diese Grundstücke für andere, sinnvollere wirtschaftliche Aktivitäten nur allzu gut geeignet. Da wir ohnehin wenig verfügbare Grundstücke für wirtschaftliche Aktivitäten haben, wäre das somit ein Verlust an Gestaltungsmöglichkeit.

Und selbst wenn man LIDLs Ansinnen entgegenkommen würde – wie offenbar der Bürgermeister das vorhat, dann müsste man den Begünstigten zumindest etwas abverlangen, wie z. B. einen Radweg, der den Namen verdient.

Dass dem Unternehmen ein einheitliches Erscheinungsbild so viel wert ist, zeigt ja schon, dass der „Diskonter Nummer 1 in Europa“ mit über 10.000 Filialen sehr viel Geld verdient. Wie wär's, wenn dieses Geld etwa für gesündere Lebensmittel, höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze, anstatt für ein einheitliches Firmendesign verbraten würde? Gut, das kann die Gemeinde nicht bestimmen, aber erwähnt soll es schon werden.

Alles in allem setzt die Stadt hier einen weiteren Schritt in der insgesamt traurigen Entwicklung im Purkersdorfer Einzelhandel.

Es sei aber jenen Personen gedankt, die sich jetzt schon mit Einwendungen an das Land NÖ gewandt haben.

J. Baum

Einladung zum Energiestammtisch Purkersdorf

Macht es Sinn zu Hause auf LED-Leuchtmittel umzusteigen?

Donnerstag, 21.11., 18 Uhr, Stadtheuriger – Extrazimmer

Eine Veranstaltung der KEM-Wienerwald

Bevor wir in bewährter Weise über die Anliegen und Themen, die die Teilnehmer*innen am Energiestammtisch selber einbringen debattieren, bieten wir einen kurzen Input zum Thema LED im Haushalt. Umstieg, Farbtemperatur, Kosten und Einsparungspotentiale – all diese Fragen und was immer Sie noch zum Thema interessiert, können Sie Herrn Marc Oberhuber von der Purkersdorfer Firma Eko-Licht stellen.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme!

Christiane Maringer

Umweltstadträtin Purkersdorf

LED-Leuchtmittel sind in gleicher Vielfalt zu haben, wie herkömmliche. Dabei sparen sie allerdings einen Gutteil der bisher nötigen Energie!

